

DEUTSCHER BUNDESTAG

Enquete-Kommission

"Überwindung der Folgen der SED-Diktatur
im Prozeß der deutschen Einheit"

- Sekretariat -

53113 Bonn, den 15. November

1995

Bundeshaus

Telefon:

(0228) 16-25195 / 16-25747 / 16-24093

Telefax: (0228) 16-26023

Gd/Rk

Per Faxe am

*H. Viehhaber
(Büro Abg. Koschyk:)
JF.*

Protokoll

der 1. Sitzung der Berichterstattergruppe P (8)
"Weiterführung des Prozesses der Aufarbeitung"
am 9. November 1995, 19.30-21.15 Uhr, Raum P 086

81.66.511

Anwesend:

Abg. Hartmut Büttner (Schönebeck)

Abg. Gerald Häfner

Abg. Hartmut Koschyk

Abg. Markus Meckel

Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber

VA Frank Grußendorf

entschuldigt:

Herr Dr. Keller (i.V. für Prof. Ludwig Elm)

Nach kurzer Beratung durch die anwesenden Obleute wird festgelegt, daß Abg. Häfner Einberufer der Gruppe P (8) sein wird.

Abg. Häfner begrüßt die Anwesenden. Er schlägt vor, die mit Expertisen und Anhörungen zusammenhängenden Fragen erst in der nächsten Sitzung der BG zu behandeln. Es sollten aber bereits jetzt Inhalte und zeitliche Prioritäten festgelegt werden. Jedenfalls bedeute die Aufgabe der Weiterführung des Prozesses der Aufarbeitung, daß nicht erst zum Ende der Arbeit der Enquete-Kommission, sondern bereits sehr frühzeitig die Erörterung der weiteren Arbeit stattfinden müsse. Die Arbeit der Gruppen R+P müsse frühzeitig in die Arbeit anderer BG eingeflochten werden. **Abg. Meckel** stellt fest, daß die Enquete-Kommission bei der Aufarbeitung des SED-Unrechts kein Monopol habe. Vielmehr handele es sich dabei um einen pluralen Prozeß. Er wirft die Frage auf, wodurch dieser Prozeß gefördert werden könne. Zur Beantwortung nimmt er Bezug auf den Einsetzungsbeschluß und die dort enthaltene Aufgabenbeschreibung. Es gehe in dieser BG darum, zu klären, was Aufarbeitung heiße und wie man sie fördern könne. Ziel müsse es sein, schließlich ein Instrument zu schaffen, das quasi Motor der Aufarbeitung sei und

auch langfristig eine Verdrängung des Geschehenen verhindere. Eine solche zu schaffende Institution solle auch dazu dienen, z.B. Aufarbeitungsinitiativen finanzielle Mittel zu verschaffen. **Abg. Meckel** schlägt deshalb vor, zunächst einen Überblick zu erstellen, der Auskunft darüber gibt, welche Institutionen, Initiativen und Gruppen zur Zeit am Aufarbeitungsprozeß beteiligt sind und was diese Gruppen konkret tun. Soweit diese freien Träger durch Mittel zu unterstützen sind, sollten zuvor hierfür Kriterien und klare Anforderungen entwickelt werden. Darüber hinaus sollte die Enquete-Kommission mit solchen Institutionen ins Gespräch kommen. Damit könne bis 1998 nicht gewartet werden.

Abg. Büttner ergänzt, daß die Gruppe P (8) auch Zuarbeit für die anderen BG leisten solle. **Abg. Koschyk** ist der Ansicht, daß zunächst ein Überblick über die verschiedenen Formen der Aufarbeitung der SED-Diktatur erstellt werden müsse. Dann sei zu klären, wo es Defizite gibt. Daraus beantworte sich dann die Frage, wo die Enquete-Kommission Handlungsempfehlungen geben müsse und welche institutionellen Rahmenbedingungen erforderlich seien. Dabei müsse schließlich auch der gesamtstaatliche Zusammenhang von Bund und Ländern zum Ausdruck kommen. **Abg. Ortleb** ergänzt, daß nach dem Sortieren Szenarien folgen müßten, die in Studienfälle münden sollten, worunter ein exemplarisches Durchführen einer bestimmten Vorstellung zu verstehen sei.

Sv. Prof. Dr. Weber schlägt vor, eine zu schaffende Institution auch zur Koordinierung verschiedener Forschungsprojekte zu nutzen.

Abg. Häfner faßt die Diskussion zusammen:

1. Es besteht Konsens, daß die Arbeit der BG P (8) sofort beginnen soll.
2. Dabei kann es nicht nur um den wissenschaftlichen Prozeß der Fortsetzung der Aufarbeitung gehen.
3. Es ist eilig eine Bestandsaufnahme über die Aktivitäten sowie die rechtliche und soziale Stellung von Aufarbeitungs- und Initiativgruppen zu fertigen.
4. Ausgewählte Gruppen sind einzuladen.
5. Danach wird sich die Frage stellen: Wo gibt es Defizite, wo fehlen Mittel oder Strukturen, welche Gruppen müssen gefördert werden?

Er schlägt deshalb vor, die Arbeit der BG P (8) wie folgt zu gliedern:

1. Forschung
2. Politische Bildung, Schulunterricht, Erstellen didaktischer Materialien durch Institutionen nach Ende der Arbeit der Enquete-Kommission
3. Beratung und Hilfe; dabei sollen sowohl die Opfer- als auch die Täterseite zu berücksichtigen sein. Ein Problem hierbei spielte die Verdrängung auch gegenüber der Täterseite. Wichtig sei, wie den Menschen bei der individuellen Aufarbeitung geholfen werden könne. Hierzu ergänzen die **Abg. Büttner und Ortleb**, daß es z.Zt. ein Vakuum bei der Aufarbeitung durch Stasi-Mitarbeiter gebe, deren Schwellenangst überwunden werden solle. Ein Wiedereingliederungsbedarf bei sogenannten "Halbopfern und Halbtätern" sei zu erkennen.

Abg. Meckel schlägt vor, durch die BG P (8) auch Fragen an die Bundesregierung zu formulieren, die klären sollen, was dort u.a. zum Thema "Bürgerbeauftragter" beabsichtigt ist.

Sv. Prof. Dr. Weber regt an, das von Herrn Grußendorf vorgelegte Papier um den Punkt "Begegnungen" zu ergänzen. **Abg. Koschyk** warnt in diesem Zusammenhang vor einem Übermaß an Aktivitäten durch die BG P (8). **Abg. Ortleb** macht deutlich, daß es darauf ankomme, welchen Menschen ein Forum geschaffen werden solle. **Abg. Häfner** ist der Ansicht, daß gerade die Aufarbeitung der Täterrolle noch große Defizite in sich berge. Auch insoweit bilde die Arbeit der BG P (8) ein Scharnier zum gesellschaftlichen Bereich.

Das Sekretariat erhält den Auftrag zur nächsten Sitzung der BG einen Fragebogen zu erstellen, mit dem systematisch die Arbeit der im Lande tätigen Gruppen erfaßt werden kann. Zur Ermittlung der Anschriften der Gruppen soll der Kommission ggf. vorgeschlagen werden, eilig eine Expertise zu vergeben.

Abg. Meckel regt an, als Stichwort "Beratung" nicht die Formulierung "Bürgerbeauftragter" zu verwenden. Im Hinblick auf das Stichwort "Stiftung" wird vereinbart, daß diese Frage am Schluß der Arbeit der Enquete-Kommission geklärt werden soll. Zur finanziellen Speisung einer solchen Institution wird das Sekretariat beauftragt zu überprüfen, wie ehemaliges Parteienvermögen (DDR) ausgegeben werden soll. **Abg. Meckel** regt an, in diese Überlegungen auch den Verkauf von Mauergrundstücken sowie die Sicherstellung von vagabundierendem Regierungsvermögen der DDR mit einzubeziehen. Beim BMI und BMF soll der Sachstand bezüglich des Parteienvermögens abgefragt werden. Gegebenenfalls wird auch ein Rechtsgutachten zu erstellen sein.

Abg. Koschyk schlägt vor, die Ergebnisse der Fragebogenaktion bezüglich der Gruppen später in Form eines Handbuches zu veröffentlichen.

Abg. Meckel schlägt vor, frühzeitig einen Zwischenbericht über die Arbeit der BG P (8) zu fertigen und der Kommission vorzulegen, um rechtzeitig und nicht erst zum Abschluß der Arbeit der Enquete-Kommission eine Bundestagsdebatte zu ermöglichen. Dabei soll eine wesentliche Rolle die Frage der zu schaffenden Institution spielen. Als Zeitpunkt dafür schlägt Abg. Meckel 1996/1997 vor. Dies wird von den anderen Mitgliedern der BG begrüßt.

Abg. Häfner faßt die zeitlichen Strukturen für die BG wie folgt zusammen:

1. Feststellen von Institutionen und ggf. Erstellen eines Handbuches. Dabei soll das Herstellen von Öffentlichkeit eine wichtige Rolle spielen. Abg. Koschyk ergänzt, daß eine öffentliche Präsentation ausgewählter Initiativen erfolgen soll.
Bereits in der nächsten Sitzung soll dazu ein Fragebogen beschlossen werden.
2. Danach soll ein Vorschlag zur Institutionalisierung erarbeitet werden; eine Einschaltung in den aktuellen Prozeß ist vorgesehen.
3. Danach sollen die Bereiche Forschungsarbeit, Kultur und sonstiges beraten werden (siehe dazu Papiere Prof. Dr. Weber und Grußendorf).

Das Sekretariat erhält den Auftrag, auf dieser Grundlage einen Vorschlag für ein Arbeitsprogramm zu erstellen.

Die BG ist sich einig, daß die o.g. Punkte 1 und 3 im I. Quartal 1996 abgeschlossen bzw. begonnen werden sollen. Über Fragen der Institutionalisierung soll ab dem Monat März 1996 beraten werden.

Abg. Häfner bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit. Als Termin für die nächste Sitzung der BG P (8) wird vorgeschlagen: Donnerstag, 23. 11. 1995, in der parlamentarischen Mittagspause von 13.00-14.00 Uhr, Tagungsort soll voraussichtlich das Parlamentsrestaurant sein. Das Sekretariat wird rechtzeitig einladen.


(Frank Grußendorf)

Vermerk zum Protokoll der 1. Sitzung:

Für die Gruppe der PDS hat Herr Dr. Keller am 13.11.95 nachträglich Stellung genommen:

Er empfiehlt, die Abgrenzung zu den anderen BG nicht zu vernachlässigen.

Im Hinblick auf das Stichwort "Stiftung" teilt er die Zurückhaltung in der BG P (8).

Bezüglich der "Anlaufstelle" äußert er Bedenken, da dies nur zentral gelöst werden könne und dringt auf andere,dezentrale Lösungen.



Frank Grußendorf

Anlagen zum . Protokoll:

- Papier Sv. Prof. Dr. Weber
- Papier Frank Grußendorf